

DIE DIALEKTIK VON TRANSNATIONALER INTEGRATION UND NATIONALER DESINTEGRATION

Richard Münch

Zusammenfassung

In der Debatte über den zunehmenden Wettbewerb zwischen den liberalen, konservativen und egalitären Modellen des Wohlfahrtsstaates in der globalisierten Wirtschaft wird in der Regel die größere Integrationskraft als Argument für die Wettbewerbsfähigkeit der konservativen und egalitären Modelle ins Feld geführt. In diesem Aufsatz soll im Anschluss an Emile Durkheim und Robert K. Merton gezeigt werden, dass relative Exklusion eine wesentliche Ursache für Desintegrationserscheinungen wie Delinquenz, politischer Extremismus, politische Entfremdung, Rückzug und auch mangelndes Commitment (Ritualismus) ist. Es wird dargelegt, dass relative Exklusion lange Zeit eher ein Merkmal der US-amerikanischen Gesellschaft als Repräsentant des liberalen Wohlfahrtsstaatsmodells war, aber weniger ein Merkmal der europäischen konservativen und egalitären Wohlfahrtsstaaten. In einem weiteren Schritt wird festgestellt, dass allerdings auch die konservativen und egalitären Wohlfahrtsstaaten in der jüngeren Vergangenheit eine Zunahme von Desintegrationserscheinungen zu verbuchen haben. Dieser Trend wird mit einer auch in diesen Wohlfahrtsstaaten steigenden relativen Exklusion neuer marginalisierter Gruppen erklärt. Es werden sechs Entwicklungstrends dafür verantwortlich gemacht. Diese Entwicklungstrends münden in ein grundsätzliches Spannungsverhältnis von transnationaler und nationaler Integration. Strategien der Reintegration auf nationaler Ebene sind in ihren Erfolgsbedingungen an die Bewältigung dieser Spannung gebunden.

Einleitung

Alle Erscheinungsformen der Gesellschaft haben eine zweite, weniger deutlich sichtbare Seite. Es ist eine der besonderen Aufgaben der Soziologie, diese zweite, weniger sichtbare Seite zum Vorschein zu bringen. Karl Otto Hondrich hat sich in ganz besonderer Weise dieser Aufgabe verschrieben (u.a. Hondrich und Koch-Arzberger 1992, Hondrich 2001, 2004). Der individualisierte Mensch ist ohne Bindungen nicht denkbar, der flexible Mensch nicht ohne Sicherheiten, der solidarische Mensch nicht ohne Solidaritätsgrenzen, der weltbürgerliche Mensch nicht ohne nationale Bindungen. Diese zwei Seiten des Menschen stehen in einem unauflöselichen Spannungsverhältnis zueinander, verlangen immer wieder Abstimmung aufeinander, ergänzen sich aber auch, weil die eine Seite ohne die andere nicht existieren könnte. Ich möchte mich in diesem

Aufsatz auch mit zwei Seiten des Gesellschaftlichen beschäftigen, die in einem dialektischen Verhältnis zueinander stehen. Es handelt sich um die Dialektik von transnationaler Integration und nationaler Desintegration. Die nationalen Desintegrationserscheinungen sehe ich maßgeblich von zwei basalen Entwicklungstrends bestimmt: von der Globalisierung und der Postindustrialisierung der Ökonomie. Beide Entwicklungstrends fördern zugleich die transnationale Integration. Die Bewältigung der nationalen Desintegrationserscheinungen muss darauf abgestimmt sein, wenn sie nicht in den nationalen Protektionismus zurückfallen und die fortschreitende transnationale Integration nicht unterbinden soll. Wie ich darlegen werde, sind alle Wohlfahrtsstaaten in ähnlicher Weise von dieser Dialektik betroffen. In diesem Sinne ist eine Konvergenz unterschiedlicher Wohlfahrtsregime zu beobachten.

Gehen wir von der Unterscheidung zwischen liberalen, konservativen und egalitären Wohlfahrtsstaaten aus (Esping-Andersen 1990), dann kann festgestellt werden, dass es den konservativen und egalitären Wohlfahrtsstaaten lange Zeit gelungen ist, sich im Hinblick auf soziale Integration als überlegen zu erweisen. Inzwischen lassen sich aber auch in den konservativen und egalitären Wohlfahrtsstaaten starke Desintegrationserscheinungen beobachten. Sie äußern sich in der *außergewöhnlichen, über das gewohnte Maß hinausgehenden* Häufigkeit von abweichendem Verhalten in folgenden Formen:

- Eigentums-, Gewalt- und Betrugsdelikte
- politischer Extremismus
- politische Entfremdung
- Rückzug aus der Gesellschaft
- mangelndes Commitment (Ritualismus)

Wenn wir davon ausgehen, dass diese Diagnose stimmt, stellt sich die Frage, worauf diese Desintegrationserscheinungen zurückzuführen sind. In den folgenden Abschnitten soll nach einer tragfähigen Antwort auf diese Frage gesucht werden.

1. Desintegration und relative Exklusion im liberalen Wohlfahrtsstaat

Relative Deprivation ist eine Erfahrung von Menschen, die sich in einem Missverhältnis zwischen ihren Lebenszielen und ihrem tatsächlichen Leben äußert. Sie macht sich in einem doppelten Sinn bemerkbar, zum einen in Bezug auf

das eigene Aspirationsniveau eines einzelnen Individuums oder einer Gruppe, zum anderen in Bezug auf das Wohlstandsniveau einer Vergleichsgruppe (gegebenenfalls der großen Mehrheit der Bevölkerung). In den hoch entwickelten Wohlfahrtsstaaten ist das Aspirationsniveau nahezu aller Menschen hoch, weil ein hohes Niveau des Konsums zu einem allgemein geteilten Leitbild der Lebensführung geworden ist. Wer dahinter zurückbleibt, empfindet relative Deprivation. Das gilt aber auch im Vergleich mit anderen, besser gestellten Schichten der Gesellschaft. Relative Deprivation wird insbesondere deshalb virulent, weil die breite Realisierung des hohen Wohlstandsniveaus den Eindruck vermittelt, dass es an sich jeder schaffen kann (Merton 1949/1968).

Gerade der schon von Helmut Schelsky (1965) beschriebene Typus der nivellierten Mittelstandsgesellschaft mit einem sehr breiten Spektrum der Bevölkerung auf mittlerem Wohlstandsniveau lässt Wohlstand für alle erreichbar erscheinen, so dass die Exklusion aus diesem mittleren Marktsegment um so depravierender wirkt. Wenn es viele schaffen, dann ist es für die Wenigen, die es nicht schaffen, eine um so schmerzlichere Erfahrung, ausgeschlossen zu sein. Solange ein niedriger Lebensstandard mit der großen Masse geteilt wird, gibt es wenig Anlass für relative Deprivation, weil ein höherer Lebensstandard ohnehin außer Reichweite und allein als eine Sache von Eliten erscheint und man das eigene Schicksal mit einer großen Masse auf gleichem Niveau teilt. Man vergleicht sich mit der Masse der Menschen auf gleichem Niveau, aber nicht mit den bessergestellten Führungsschichten. Marginalisierte Gruppen in der Massenwohlstandsgesellschaft vergleichen sich ebenfalls mit der Masse, befinden sich aber im Vergleich zur Masse im Abseits und erfahren eine relativ hohe Deprivation in dem Sinne, dass das Niveau ihres Lebensstandards weit von dem Niveau der Masse entfernt ist. Neben der Diskrepanz zwischen Lebensstandard und Aspirationsniveau ist diese Diskrepanz zwischen dem eigenem Lebensstandard und dem Lebensstandard der breiten Masse die zweite Dimension von relativer Deprivation.

Nach Durkheim (1973) befinden sich die Individuen und die Gesellschaft in diesem Fall in einem Zustand des Ungleichgewichts, das Anstrengungen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts auslöst, ob sie nun zum Erfolg führen oder auch nicht. Für das Individuum ist relative Deprivation auf Dauer schwer zu ertragen, die Gesellschaft leidet unter den von relativer Deprivation ausgelösten Desintegrationserscheinungen in Gestalt von gehäuften Regelverletzungen, politischer Entfremdung und Konflikten. Nach Durkheim ist das Individuum allein nicht in der Lage die entsprechende Balance herzustellen, wenn die Gesellschaft nicht die erforderlichen Hilfestellungen gibt. Da die

menschlichen Bedürfnisse prinzipiell unbegrenzt sind, ist der Mensch aus seiner Sicht zum Erleben von Frustration (Deprivation) prädestiniert. Es kommt deshalb auf die gesellschaftliche Ordnung an, für eine ausreichende Balance von Ressourcen und Bedürfnissen zu sorgen. Er sieht die moderne kapitalistische Gesellschaft mit ihren starken konjunkturellen Schwankungen in dieser Hinsicht vor besondere Herausforderungen gestellt, an denen sie immer wieder scheitert, wenn bei starken Aufschwungphasen das Aspirationsniveau über das Niveau des realisierbaren Lebensstandards hinauschießt oder bei Rezessionen der Lebensstandard im Vergleich zum einmal erreichten Niveau wieder sinkt. Während die traditionale Ständegesellschaft für jeden Stand einen spezifischen Lebensstandard definiert, über den niemand hinausstrebt und der auch einigermaßen gesichert ist, gelten für die moderne Marktgesellschaft die bürgerlichen Prinzipien der Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz, so dass jetzt jeder nach allem streben mag, sofern er nur kann. Hier ist die Wurzel für die Ausbreitung von relativer Deprivation in der modernen Marktgesellschaft. Sie überlässt in hohem Maße die Ausbalancierung von Aspirationsniveau und tatsächlichem Lebensstandard den Gesetzen des Marktes, mit dem Ergebnis, dass diejenigen, die nicht zum Erfolg kommen und Deprivationen erleiden, auf eigene Faust für eine neue Ausbalancierung von Ressourcen und Bedürfnissen sorgen müssen, da die Gesellschaft dafür keine Hilfe bereithält. Das impliziert auch die gehäufte Nutzung illegitimer Wege des Spannungsausgleichs. Ein solcher „illegitimer Weg“ ist das Ausscheiden aus dem Leben, wenn die erfahrenen Frustrationen anscheinend nicht mehr zu überwinden sind. In der Tat konnte Durkheim einen Zusammenhang zwischen konjunkturellen Auf- und Abschwüngen und in beiden Fällen steigenden Selbstmordraten ermitteln. Er stellt auch fest, dass diejenigen Schichten, deren Lebenssituation am meisten vom individuellen Markterfolg abhängt - Kaufleute und Industrielle -, überproportional an den Selbstmorden beteiligt sind. Zu ähnlichen Ergebnissen wäre er bei einer Untersuchung der Kriminalitätsrate, der Streikhäufigkeit des politischen Extremismus und der politischen Entfremdung gelangt.

In den Augen Durkheims führen diese Erscheinungen dann zu einem Zustand der Anomie, wenn die Geltung der gesellschaftlichen Normen angesichts eines Volumens von abweichendem Verhalten in Frage gestellt ist, dessen Sanktionierung sich weder auf einen legitimierenden Konsens stützt noch zur breiten Bekräftigung der Normen führt.

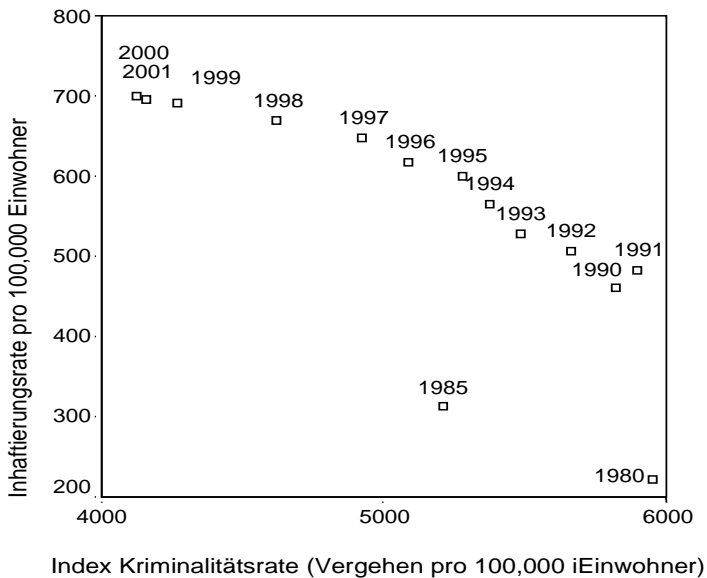
Robert K. Merton (1949/1968) hat Durkheims (1973) Anomietheorie auf die amerikanische Gesellschaft bezogen. Merton's Anomietheorie hat in der jüngeren Vergangenheit insbesondere durch die Arbeiten von Messner und

Rosenfeld (1997, 1994/2007) neuen Auftrieb erhalten. Nach Mertons Deutung hat die amerikanische Gesellschaft wie keine andere Gesellschaft das Leben im Wohlstand zu einem allgemein geteilten Leitbild der Kultur gemacht und zugleich den individuellen Erfolg auf dem Markt nach dem Prinzip, dass jeder den Aufstieg schaffen kann, wenn er nur will – vom Tellerwäscher zum Millionär –, zum maßgeblichen Instrument der Verwirklichung dieses Leitbildes erhoben. Der tatsächlich erreichte Massenwohlstand der breiten Mittelschicht, die von den gutverdienenden Arbeitern bis zu den leitenden Angestellten reicht, hat daraus einen sozialen Tatbestand gemacht, an dessen Maßstab gemessen, die Exklusion der Unterschicht (überproportional daran beteiligt Afroamerikaner und Hispanics) eine um so schärfer empfundene Deprivation darstellt. Wir können hier von relativer Exklusion als einem Spezialfall der relativen Deprivation sprechen. Die Anstrengungen zur Deprivationsreduktion äußern sich deswegen in der gehäuften Wahl illegitimer Wege in Gestalt von Delinquenz, weil auch sie in erheblichem Maße der spontanen Selbstorganisation überlassen bleiben. Dagegen ist die kollektive Organisation der Deprivationsreduktion – etwa durch Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Parteien – für einen größeren Teil der Unterschicht de facto nicht verfügbar.

Nach Mertons Typologie stellt die Abweichung von den institutionalisierten Normen auf dem Weg zum gehobenen Konsum eine Strategie der Ausbalancierung zwischen den verfügbaren Mitteln und dem kulturellen Leitbild des Wohlstands dar. Es ist der Typus der Innovation, ohne den es in keiner Gesellschaft sozialen Wandel gäbe, der aber zugleich die Quelle von Anomie ist. Werden die legitimen Mittel eingehalten, obwohl das kulturelle Leitbild weder erreicht wird noch für erreichbar gehalten wird, spricht Merton von Ritualismus, der z.B. die untere Mittelschicht kleiner Beamter und Angestellter prägt. Wird sowohl von den legitimen Wegen des Markterfolgs als auch vom Leitbild des gehobenen Konsums Abstand genommen, dann handelt es sich in den Worten Mertons um einen Rückzug aus der Gesellschaft, z.B. in Gestalt einer Landkommune oder einer religiösen Sekte. Die Ablehnung der legitimen Mittel und des kulturellen Leitbildes bei gleichzeitigem Setzen auf neue Mittel und Leitbilder bezeichnet Merton als Rebellion. Sie zielt auf die Veränderung der Gesellschaft. Sind beide Seiten – der Zugang zu den legitimen Mitteln und die Verfolgung des kulturellen Leitbildes – gegeben, handelt es sich nach Mertons Typologie um den Typus der Konformität.

Für Merton ist der Typus der Innovation in Gestalt hoher Kriminalitätsraten charakteristisch für die amerikanische Gesellschaft, weil sie mehr als die europäischen Gesellschaften den Massenwohlstand zum allgemein geteilten kultu-

rellen Leitbild gemacht hat. Dem ungleichen Zugang zu den legitimen Mitteln entspricht der ungleiche Anteil der sozialen Schichten an der Kriminalität: je weniger Zugang zu den legitimen Mitteln gegeben ist, um so höher ist die Rate der Kriminalität. Infolgedessen ist es nicht überraschend, dass die exkludierte Unterschicht überproportional an der Kriminalität beteiligt ist, wobei wiederum zur Geltung kommt, dass Schwarze und Hispanics überproportional der Unterschicht angehören. Es bilden sich dementsprechend ganze Subkulturen der Delinquenz mit ihren eigenen Leitbildern und Gesetzen heraus, insbesondere in den schwarzen und hispanischen Ghettos der Innenstädte, die nicht nur überproportional Delinquenz produzieren, sondern auch unter Delinquenz sowie unter der Furcht vor Delinquenz leiden (Wilson 1990; Murswiek 1998: 669-674). Vor diesem Hintergrund hat sich in den USA die Politik der Null-Toleranz durchgesetzt, die seit Anfang der 1990er Jahre zu einer deutlichen Senkung der Kriminalitätsrate bei gleichzeitig enormem Ansteigen der Inhaftierungsrate geführt hat (Savelsberg 1994; Levitt 2004) (Abb. 1).



* Staats- oder Bundesgefängnisse und lokale Haftanstalten

Abb. 1: Inhaftierungs- und Kriminalitätsrate

Quelle: basierend auf U.S. Department of Justice. *Bureau of Justice Statistics. Online*

Data. Online (06-24-2004): [<http://bjsdata.ojp.usdoj.gov/dataonline/Search/Crime/State/StateCrime.cfm>]; [<http://www.ojp.usdoj.gov/bjs/glance/tables/incrrtab.htm>] (Kriminalitätsrate); U.S. Department of Justice. 2003, **Bureau of Justice Statistics Bulletin**, Tabelle 1, und frühere Versionen (Inhaftierungsrate)

2. *Relative Exklusion: Liberale, konservative und egalitäre Wohlfahrtsstaaten im Vergleich*

Für das bislang niedrigere Kriminalitätsniveau der europäischen Wohlfahrtsstaaten zeichnet insbesondere verantwortlich, dass sie anders als die Vereinigten Staaten lange Zeit Klassengesellschaften geblieben sind, in denen die Teilhabe des einzelnen Individuums am erwirtschafteten Wohlstand kollektiv durch Parteien und Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit der Arbeitgeberschaft und dem Staat organisiert wurde und nicht im gleichen Maße wie in den Vereinigten Staaten eine Sache des individuellen Markterfolgs war. Man kann diesen Unterschied an dem von Esping-Andersen eingeführten Maßstab der Marktunabhängigkeit des individuellen Lebensstandards (bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Ruhestand) messen. Während vom liberalen Wohlfahrtsstaat der Vereinigten Staaten in dieser Tabelle der Wert 13,8 erreicht wird, liegt dieser Wert im konservativen Wohlfahrtsstaat Deutschland bei 27,7 und im egalitär-sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat Schweden bei 39,1 (Esping-Andersen 1990: 52, Tab. 2.2). Ähnliche Unterschiede können wir bei der Einkommensverteilung feststellen (Smeeding und Grodner 2000: 213). Dabei macht sich bemerkbar, dass das Zusammenwirken von hoher Einkommensungleichheit und relativ starkem Wirtschaftswachstum zu besonders hohen Werten der relativen Deprivation führt, die sich in entsprechend hohen Kriminalitätsraten niederschlagen (Abb. 2). Im internationalen Vergleich ist das Zusammenwirken von hoher Einkommensungleichheit und hohem Wirtschaftswachstum mit höheren Kriminalitätsraten korreliert. Das zeigt sich z.B. im Vergleich zwischen liberalen Wohlfahrtsstaaten auf der einen Seite und konservativen sowie egalitären Wohlfahrtsstaaten auf der anderen Seite, wie auch zwischen lateinamerikanischen und südostasiatischen Schwellenländern. Hohe Einkommensungleichheit in einer statischen, traditional-ständischen Gesellschaft erzeugt allein noch keine relative Deprivation, weil Massenwohlstand kein allgemein geteiltes und von allen Schichten angestrebtes kulturelles Leitbild ist. Eine wachsende Wirtschaft erzeugt zusammen mit dem kulturellen Leitbild des Massenwohlstands dann keine überschießende relative Deprivation mit

steigenden Raten abweichenden Verhaltens, wenn eine gemäßigte Einkommensungleichheit für eine breite Streuung der Teilhabe am Massenwohlstand sorgt. Nachmarktliche Umverteilung mäßigt außerdem den Wettbewerb um bessere Marktpositionen. Die Verwirklichung des kulturellen Leitbildes „Massenwohlstand“ ist nicht ausschließlich eine Sache des einzelnen Individuums, sondern auch eine Sache der kollektiven Organisation und Umverteilung durch die Zusammenarbeit von Staat, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Infolgedessen besteht ein geringer Druck, Misserfolge auf dem legitimen Weg der beruflichen Karriere durch illegitime Mittel auszugleichen. Das einzelne Individuum wird in größerem Maße von dem Druck, das kulturelle Leitbild verwirklichen zu müssen, um vor anderen und vor sich selbst bestehen zu können, entlastet, was sich in niedrigeren Kriminalitätsraten, weniger psychischen Störungen, weniger Störungen privater Partnerschaften, z.B. in niedrigeren Scheidungsraten, geringerer Neigung zu Streiks, politischer Entfremdung und politischem Extremismus äußern müsste.

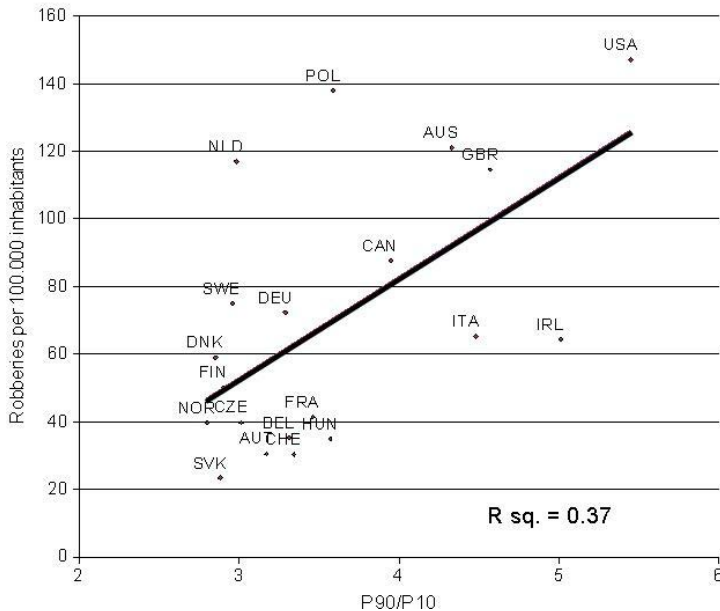


Abb. 2: Einkommensverteilung – Raubüberfälle pro 100,000 Einwohner Registrier-te Raubüberfälle gesamt, Raten pro 100.000 Einwohner. Quelle: UN Surveys on

Crime Trends and the Operation of Criminal Justice Systems, www.unodc.org/unodc/crime_cicp_surveys.html. Online 16.08.04

3. *Tendenzen der relativen Exklusion und Desintegration im konservativen und sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat*

Im Vergleich zwischen liberalen Wohlfahrtsstaaten und konservativen sowie sozialdemokratischen egalitären Wohlfahrtsstaaten zeigt sich allerdings, dass diese Ableitung aus den theoretischen Annahmen empirisch nicht durchgehend bestätigt wird (vgl. Entorf und Spengler 2002). Auch in den konservativen und sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten ist in den letzten 30 Jahren die Häufigkeit von Delinquenz, psychischen und partnerschaftlichen Störungen, zeitweise auch von Streiks sowie das Ausmaß an politischer Entfremdung und politischem Extremismus deutlich gestiegen. Nach repräsentativen Befragungen liegen die Werte etwa für Raub in einigen OECD-Ländern inzwischen gleich hoch oder sogar höher als in den USA (Abb. 3). Die Unterschiede zu den in Abb. 2 zu erkennenden Werten ergeben sich daraus, dass es sich in Abb. 2 um polizeilich registrierte, in Abb. 3 um bei einer repräsentativen und egalitären Befragung berichtete Fälle handelt. Nach der Befragungsstudie ist auch kaum noch eine Korrelation zwischen Einkommensungleichheit und Eigentumsdelikten festzustellen (Abb. 4).

Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich politischer Extremismus in Abhängigkeit von den politischen Institutionen in unterschiedlicher Form äußert. Das für Lobbyismus sehr offene politische System der Vereinigten Staaten mit zwei intern sehr heterogenen, relativ schwach organisierten Parteien lenkt extremistische Positionen relativ leicht in die alltägliche Lobbyarbeit und in die beiden Parteien hinein. Das äußert sich z.B. am Einfluss der protestantischen Rechten auf die republikanische Partei. Die geringere Offenheit für Lobbyismus und die größere ideologische und organisatorische Geschlossenheit der europäischen Parteiensysteme drängt extremistische Positionen eher auf die Straße und in die Anwendung von Gewalt sowie in die kollektive Organisation von Bewegungen und eigenen Parteien.

Indessen haben die Vereinigten Staaten in den 1990er Jahren die Kriminalitätsrate durch verschärfte polizeiliche Kontrolle und Inhaftierung senken können. Allerdings verweist die deutlich höhere Inhaftierungsrate in den Vereinigten Staaten als in den europäischen Wohlfahrtsstaaten nach wie vor auf ein hohes Maß an relativer Deprivation, die auf normalem Wege offen-

sichtlich nicht ausbalanciert werden kann (Western und Beckett 1998; Levitt 2004).

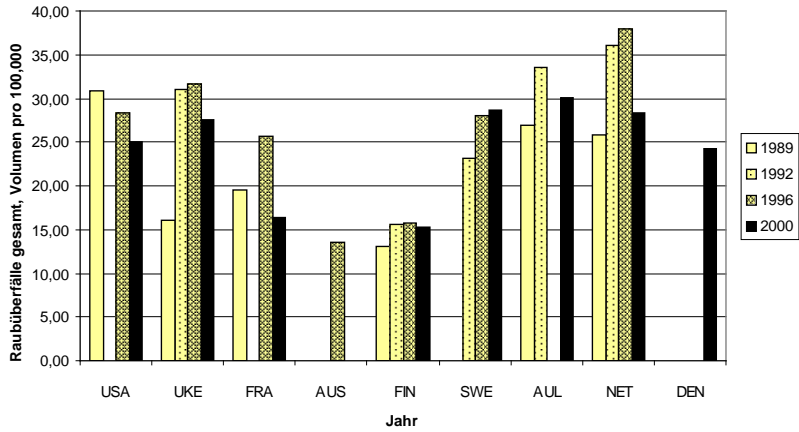


Abb. 3: Eigentumsdelikte 1989-2000, ausgewählte OECD-Länder
Quelle: Kesteren et al. 2000

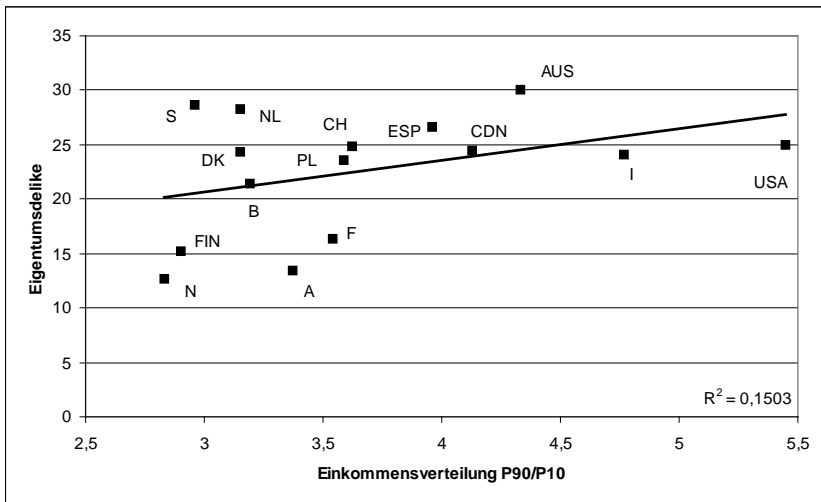


Abb. 4: Einkommensverteilung und Eigentumsdelikte, Jahr: letztes verfügbares Jahr,
Quellen: OECD 2004, Kesteren et al. 2000

Die deutlich gewachsenen Zeichen der Desorganisation – gemessen an Delinquenz, psychischen Störungen, Scheidungsraten, politischem Extremismus und politischer Entfremdung – in den konservativen und egalitären Wohlfahrtsstaaten bedürfen jedoch der besonderen Erklärung. Betrachtet man die beiden Faktoren Einkommensungleichheit und Wirtschaftswachstum, dann ist festzustellen, dass beide Faktoren in den liberalen Wohlfahrtsstaaten in den 1980er und 1990er Jahren eine stärker wachsende Tendenz zeigen als in den konservativen und egalitären Wohlfahrtsstaaten (Smeeding und Grodner 2000). Dasselbe gilt auch für begleitende Faktoren wie die Häufigkeit des Wechsels von Arbeitsplatz, Wohnort, Partnerschaft, Konfession und Parteipräferenzen bei Wahlen. Es scheint so, dass in den konservativen und egalitären europäischen Wohlfahrtsstaaten trotz Diskussion über die destruktiven Konsequenzen der Globalisierung die Lebensverhältnisse noch ein Maß der Stabilität behalten haben, das für eine ausreichende Ausbalancierung von erreichtem Lebensstandard und Aspirationsniveau, also für eine Dämpfung von relativer Deprivation sorgt. Trotzdem müssen sich nach unseren Ausgangshypothesen die Lebensverhältnisse so geändert haben, dass relative Deprivation – insbesondere auch der Spezialfall der relativen Exklusion – vermehrt und in größerem Ausmaß auftritt. Ein erster Indikator ist die dauerhaft hohe Rate der Arbeitslosigkeit. Sie allein taugt aber kaum als erklärender Faktor, wenn sie durch ein hohes Niveau der Einkommensstabilisierung außerhalb der Arbeit ausgeglichen wird, was de facto in den konservativen und egalitären Wohlfahrtsstaaten der Fall ist.

Was eher als erklärender Faktor in Frage kommt, ist die Jugendarbeitslosigkeit, die allerdings auch innerhalb der europäischen Wohlfahrtsstaaten sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Sie ist z.B. in Frankreich und in Italien besonders hoch, was in diesen Ländern in der Tat gerade in davon besonders betroffenen Vorstädten das Entstehen von Subkulturen der Delinquenz fördert (Dubet und Lapeyronnie 1994; Kronauer und Neef 1997; Heitmeyer und Anhut 2000). Dabei ist es weniger die Arbeitslosigkeit als solche als vielmehr die damit verbundene, oft auf Dauer gestellte Perspektivenlosigkeit, die zur Desorganisation der Gesellschaft in Gestalt delinquenter Subkulturen führt. Diese Perspektivenlosigkeit können arbeitslose Jugendliche durchaus mit beschäftigten Jugendlichen teilen, die sich aufgrund ihrer geringen Qualifikation – insbesondere im Segment der Ausbildungslosen – wenig Chancen auf eine umfangreiche Teilhabe am Massenwohlstand ausrechnen (Solga 2002, 2003). Für dieses Segment der Bevölkerung existiert trotz geringerer Einkommensspreizung als in den liberalen Wohlfahrtsstaaten doch in der Wahrnehmung

eine stark ausgeprägte relative Exklusion. Sie bleiben von dem vor ihren Augen von der breiten Masse der Bevölkerung zelebrierten Wohlstand ausgeschlossen. Das greifbar Nahe ist doch sehr fern und erzeugt dadurch ein sehr hohes Maß der relativen Deprivation. Im Vergleich zur Masse der Bevölkerung und zum eigenen Aspirationsniveau leben sie auf einem niedrigen Niveau, für das es keine ausreichende Legitimation gibt, und zwar deshalb, weil die Legitimationssidee der Teilhabe am Wohlstand aufgrund eigener Anstrengung in dem Maße versagt, in dem eigene Anstrengung nicht zum Erfolg führt und es auch immer weniger Vorbilder in den eigenen Reihen gibt, die den legitimen Weg zum Erfolg schaffen. Die konservativen und egalitären Wohlfahrtsstaaten scheinen die Kraft verloren zu haben, die Dynamik des Strukturwandels mit ihren Verdrängungseffekten so zu gestalten, dass relative Deprivation in den Grenzen gehalten wird, innerhalb derer Abweichungen legitim und normbekräftigend sanktioniert werden können. Die neuen marginalisierten Gruppen erkennen hinter ihrer Situation keine von ihnen als gerecht anerkannte Mechanismen der Statusselektion, vor allem deshalb, weil es immer weniger Vorbilder gibt, die aus ihrer Mitte heraus den Aufstieg auf legitimen Pfaden schaffen und auf diese Weise als Zuggpferde und Legitimitätsbeweise der bestehenden Ordnung der individualisierten Teilhabe an der Gesellschaft dienen.

Wir kommen hier einer befriedigenden Erklärung der gewachsenen Desintegrationserscheinungen auch der konservativen und egalitären Wohlfahrtsstaaten einen Schritt näher. Als spezifische Ursache kommen neue Tendenzen der Marginalisierung insbesondere der gering qualifizierten bzw. ausbildungslosen Jugendlichen in Frage. Es zeigen sich hier Inklusionsschwächen, für deren Beseitigung die etablierten Wohlfahrtsinstitutionen offensichtlich nicht ausreichend geeignet sind. Möglicherweise gilt dies für die konservativen Wohlfahrtsstaaten mehr als für die egalitären.

4. Ursachen der Desintegration und relativen Exklusion

Die Marginalisierung der wenig durch allgemeine und berufliche Bildung Qualifizierten ist auf das Zusammenwirken mehrerer Faktoren zurückzuführen:

- (1) die Inklusion immer breiterer Schichten in die weiterführende Bildung bis zum Abitur und zum Hochschulabschluss,
- (2) die Inklusion von bisher peripheren Regionen in den Weltmarkt und das dadurch gewachsene Angebot an Arbeitskräften für arbeitsinten-

- sive einfache Produktionsarbeit,
- (3) die wachsende grenzüberschreitende Arbeitsteilung nach dem Prinzip der komparativen Kostenvorteile,
 - (4) die zunehmende Differenzierung der Arbeitnehmerschaft nach Qualifikationsprofil, Tätigkeit und Arbeitsverhältnis,
 - (5) die Tertiarisierung der wirtschaftlichen Wertschöpfung,
 - (6) den verschärften Standortwettbewerb in der offenen Weltwirtschaft, der die Wohlfahrtsstaaten zur Unterordnung der Sozialpolitik unter die Standortpolitik zwingt.

Alle sechs Faktoren wirken auf eine wachsende Pluralisierung von Mitgliedschaften, auf die Differenzierung der Lebensverhältnisse und die Individualisierung der Lebensschicksale und der Lebensführung hin (OECD 2002, 2003b, 2003d).

Ad (1): Die Inklusion immer breiterer Schichten in die weiterführende Bildung hat zu einer Verdrängung der weniger Qualifizierten durch die höher Qualifizierten aus den mittleren und höheren Positionen und aus Karrierewegen im Betrieb geführt. Der Bildungsabschluss entscheidet bei den jungen Alterskohorten weit mehr als bei den älteren über die Karrierechancen im Beruf. Ein Aufstieg vom Lehrling bis zum Vorstandsmitglied, ein Weg den noch Werner Niefer (in den 1980er Jahren Vorstandschef bei Mercedes-Benz) machen konnte, ist heute und in Zukunft ausgeschlossen. Am härtesten trifft es die Schulabgänger ohne berufliche Bildung (Lehre), für die der Weg nach oben durch die Höherqualifizierten ein für allemal verstopft ist. Entsprechende Untersuchungen bestätigen, dass der Anteil der weniger Qualifizierten und erst recht der Ausbildungslosen an mittleren und höhern Positionen in den Alterskohorten der Jahrgänge 1930 bis 1960 kontinuierlich abgenommen hat. Spiegelbildlich dazu hat der Anteil der höher Qualifizierten an den niedrigen Positionen – wenn auch nicht in demselben Umfang – zugenommen (Solga 2002). Seit Anfang der 1990er Jahre ist die Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten in Westdeutschland von etwa 12 auf knapp 20% gestiegen, in Ostdeutschland von 30 auf annähernd 50% (IAB 2003). Auch in anderen Ländern ist die Arbeitslosigkeit deutlich nach Bildungsniveau differenziert.

Ad (2): Die weniger Qualifizierten werden nicht nur durch die höher Qualifizierten von vorhandenen Arbeitsplätzen verdrängt und sehen den Weg nach oben nicht nur von den höher Qualifizierten versperrt. Sie finden sich

zusätzlich dem Wettbewerb mit Arbeitnehmern in den bislang peripheren, jetzt neu in den Weltmarkt integrierten Entwicklungs- und Schwellenländern ausgesetzt, die für einen Bruchteil ihres Lohnes dieselbe Arbeit verrichten. Während in Deutschland der Durchschnittslohn in der industriellen Produktion im Jahre 1995 bei 31,88 US-Dollar lag, erreichte er in Indien nicht mehr als 0,25 US-Dollar (Stalker 2000; World Bank 2002: 45). Das heißt, dass sich die arbeitsintensive Produktion von den hoch entwickelten Industrieländern zu den Entwicklungs- und Schwellenländern verlagert. Das Spektrum verfügbarer Produktionsarbeitsplätze schrumpft auf solche Arbeitsplätze, die ein hohes technisches Know-how verlangen (Held et al. 1999: 236-282).

Die am wenigsten Qualifizierten in den hoch entwickelten Industrieländern sehen sich durch die Verdrängung von innen wie auch von außen um bislang vorhandene Chancen beraubt und erleben diese Chancenminderung als relative Deprivation (Exklusion). Dabei ist zu berücksichtigen, dass es um Arbeitsplätze geht, die an der hohen Produktivität arbeitsteiliger Produktion teilhatten und in Gestalt eines Solidarlohnes mit der hohen Wertschöpfung auch einen vergleichsweise hohen Anteil am kollektiv erwirtschafteten Ertrag hatten.

Ad (3): Die wachsende grenzüberschreitende Arbeitsteilung führt nicht nur zur Verlagerung einfacher Produktionsarbeitsplätze in Entwicklungs- und Schwellenländer, sondern auch zur immer weiter verzweigten grenzüberschreitenden Verkettung der Produktion, so dass an der Herstellung eines Produkts Arbeitnehmer aus ganz unterschiedlichen Regionen der Welt mit entsprechend nach Marktlage sehr unterschiedlicher Entlohnung beteiligt sind. Dementsprechend sind die ausländischen Direktinvestitionen stark gestiegen (World Bank 2003). Die an einer Produktionskette beteiligten Arbeitnehmer sind nicht mehr eine einzige solidarische Einheit mit gemeinsamer Vertretung und entsprechender kollektiver Verhandlungsmacht. Die gesamte Produktionskette zieht infolgedessen nicht mehr – wie dies innerhalb nationaler Grenzen der Fall ist – die ganze daran beteiligte Arbeitnehmerschaft mit ihrem Erfolg bei nur gemäßigter Lohnspreizung nach oben (Scharpf 2000a: 73). Weltweite Produktionsketten erlauben die Nutzung von Lohndifferenzen nach Arbeitskräfteangebot und sprengen deshalb die solidarische Einheit nationaler Produktionsketten mit der Konsequenz, dass die Hochqualifizierten die Geringqualifizierten nicht mehr in demselben Umfang wie bisher nach oben ziehen. Ihre bislang geübte Solidarität zerbricht.

Ad (4): Die klassische Epoche der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeitnehmerschaft ist durch die männlichen Vollzeit beschäftigten Produktionsarbeiter geprägt worden (Armingeon 1988). Aus einer Klasse an sich ist eine Klasse für sich im Marxschen Sinn geworden, die durch Homogenität der Lebenslage und Interessen sowie durch ein hohes Maß der Solidarität geprägt war. Die Differenzierung des Ausbildungs- und Tätigkeitsprofils hat innerhalb der Arbeiterklasse zu einer Polarisierung in technisch hoch qualifizierte Systemregulierer und einfache Hilfsarbeiter geführt, wie schon die Studie zum „Ende der Arbeitsteilung“ von Kern/Schumann (1984; Helfert 1992) nachgewiesen hat. Ein homogenes Milieu einer Arbeiterklasse mit einem gemeinsamen Klassenbewusstsein existiert nicht mehr. Vielmehr sind die hoch qualifizierten Systemregulierer von der Mittelschicht absorbiert worden, während die unqualifizierten Hilfsarbeiter an den Rand gedrängt worden sind. Sie bilden eine Randgruppe ohne Führung, weil die Führung der Arbeiterklasse bei den qualifizierten Arbeitern lag. Diese Auflösung der Arbeiterklasse wird noch dadurch verstärkt, dass die an den Rand gedrängte Gruppe der Hilfsarbeiter nochmals in sich gespalten ist in deutsche und eine größere Zahl ausländischer Arbeitergruppen unterschiedlicher Herkunft. Dieses Segment ist schwach organisiert, gewerkschaftsfern und deshalb nicht zu kollektivem Handeln fähig. Das heißt, dass die Marginalisierten ihre Situation als individuelles Lebensschicksal erfahren, das zu ändern keine kollektive, sondern eine rein individuelle Angelegenheit ist (Hondrich und Koch-Arzberger 1992).

Die hochqualifizierten Arbeiter bilden nach wie vor die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft. Das bedeutet, dass die Politik der Gewerkschaften in erster Linie durch die Interessen der hochqualifizierten vollzeitbeschäftigten männlichen Arbeitnehmer geprägt ist. Sie richtet sich nach wie vor auf die Absicherung des sogenannten Normalarbeitsverhältnisses, auch auf Kosten der Marginalisierung der wenig Qualifizierten, für deren Beschäftigung die Sicherheiten und die Entlohnungsstruktur des Normalarbeitsverhältnisses als Beschäftigungshürde wirkt. Da sich die hochqualifizierten Arbeiter eher an der Mittelschicht orientieren, fehlt ihnen das erforderliche Solidaritätsgefühl, um selbst an der Inklusion der wenig Qualifizierten durch eigene Flexibilisierungszugeständnisse mitzuwirken. Die Sicherung ihrer Position und die Teilhabe der wenig Qualifizierten sind zwei völlig unterschiedliche Dinge, die sich nicht mehr unter einen Hut bringen lassen (Esping-Andersen 2000). Dieser Trend bildet den Hintergrund des gesunkenen gewerkschaftlichen Organisationsgrades der Arbeitnehmerschaft. Lediglich die skandinavischen Länder bilden eine Ausnahme (OECD 2003c).

Ad (5); Die Tertiarisierung der wirtschaftlichen Wertschöpfung ist inzwischen in allen Industrieländern weit vorangeschritten, wenn es dabei auch Unterschiede gibt und vor allem die liberalen Wohlfahrtsstaaten am weitesten gegangen sind sowie Sonderfälle wie Deutschland mit einer langen Tradition des geringeren Ausbaus privater Dienstleistungen existieren (Fuchs und Schettkat 2000: 216, Tab. 8.3) (OECD 2003e). Das Schrumpfen des Sektors der industriellen Produktion bedeutet auch einen Rückgang der kollektiven Organisation der Teilhabe am Wohlstand der Gesellschaft durch die korporatistische Zusammenarbeit von Staat, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Dieser Rückgang wird nur in beschränktem Umfang durch die starke Organisation der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst kompensiert. Insbesondere Frankreich ragt in diesem Sektor hervor, weil einem aufgrund besonderer historischer Bedingungen traditionell geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad der industriellen Arbeitnehmerschaft eine stärkere gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst gegenübersteht. Das heißt aber auch, dass dieses gut organisierte Segment der Arbeitnehmerschaft in erster Linie seine eigenen Interessen (Einkommen, Sicherheit im öffentlichen Dienst) auch auf Kosten einer hohen Steuerlast zuungunsten der Arbeitnehmer in anderen Sektoren der Wirtschaft verfolgt und für eine Gesamtstrategie auf der Ebene der Zusammenarbeit von Staat, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften kein Platz ist.

In eine ähnliche Richtung, wenn auch nicht ganz so stark und mit deutlich mehr Gegengewicht der gewerkschaftlich organisierten hochqualifizierten Produktionsarbeiter weist die Entwicklung in Deutschland. Hier haben die vorwiegend auf den öffentlichen Dienst konzentrierten Dienstleistungsgewerkschaften bzw. -verbände (früher ÖTV, DAG und Beamtenbund, heute Verdi und Beamtenbund) zusammen mit den großen Industriegewerkschaften und den korrespondierenden Arbeitgeberverbänden lange Zeit ein Kartell gebildet, das in Zusammenarbeit mit dem Staat in erster Linie die Interessen von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern mit einem sicheren Arbeitsplatz vertritt und deshalb wenig offen ist für neue Strategien, die auf die Inklusion der neuen Randgruppen zielen, zumal diese nicht den Kern ihrer Klientel bilden. Diese Situation der Spaltung der Arbeitnehmerschaft wird noch dadurch verschärft, dass die weiblichen Arbeitnehmer, die einen Großteil der Dienstleistungsarbeitsplätze einnehmen, generell weniger zur gewerkschaftlichen Organisation neigen als die männlichen Arbeitnehmer. Das ist eine Korrelation, die auch umgekehrt so gedeutet werden kann, dass sich Dienstleistung – die überproportional von Frauen erbracht wird – per se gegen gewerkschaftliche Organisa-

tion im klassischen Sinn sperrt, und zwar deswegen, weil sie nicht in der großen Werkshalle verrichtet wird, sondern an hochgradig individuell separierten Arbeitsplätzen mit individuellen Beziehungen zwischen Dienstleister und Klient bzw. Kunde. Bei Dienstleistungen gibt es keine großen arbeitsteilig organisierten Produktionseinheiten, die durch Solidarität zusammengeschweißt werden. Sie finden verstreut in einzelnen Büros, im Verkauf, Innen- und Außendienst ohne Gelegenheit der Erfahrung von Gemeinsamkeit und Solidarität statt. Der qualifizierte Produktionsarbeiter und der Hilfsarbeiter bilden immerhin noch eine Produktionseinheit in der Werkshalle, der Bankangestellte und der Mitarbeiter bei McDonalds aber nicht. Diesen Vergleich muss man ziehen, um zu ähnlichen Größenordnungen von organisierbaren Arbeitnehmern zu gelangen. Daraus ergibt sich, dass ein großer Teil der Dienstleistungsarbeitsplätze aufgrund ihrer Struktur das Entstehen von übergreifender Solidarität behindert und deshalb der kollektiven Organisation der Teilhabe am Wohlstand Schwierigkeiten bereitet. Die strukturellen Voraussetzungen lenken die Organisation von Interessen eher in die Richtung der Favorisierung spezifischer, besser organisierbarer Segmente wie die Beamtenschaft und die Angestellten des öffentlichen Dienstes.

Ad (6): Die Marktöffnung im Zuge der Etablierung des europäischen Binnenmarktes und der Liberalisierung des Kapitalverkehrs sowie der Liberalisierung des Welthandels durch die Abkommen des GATT und der 1994 aus dem GATT hervorgegangenen Welthandelsorganisation, verbesserte Verkehrswege, Transport- und Kommunikationstechnologie haben die Optionen von Unternehmen, Produktionsstandorte dorthin zu verlagern, wo die besten Standortbedingungen herrschen, erheblich vermehrt. In dem Maße, in dem von diesen Optionen Gebrauch gemacht wird, verschärft sich der Wettbewerb und es erhöht sich der Druck auf jedes einzelne Unternehmen, das nicht vor der Konkurrenz auf dem Weltmarkt geschützt ist, mitzuziehen und gegebenenfalls Verlagerungen von Produktionsstätten unter dem Gesichtspunkt der Arbeits- und Sozialkosten und der Steuerlast, aber auch unter dem Gesichtspunkt der Infrastruktur, der Synergie mit kooperierenden Unternehmen und Forschungseinrichtungen, des verfügbaren wissenschaftlichen und technischen Know-hows im Umfeld, der Qualifikation der Arbeitnehmer, der Arbeitskultur, des sozialen Friedens und der Rechtssicherheit vorzunehmen.

Das bedeutet, dass am ehesten einfache Produktionsarbeitsplätze in Länder mit niedrigeren Arbeits- und Sozialkosten verlagert werden, so dass das Angebot solcher Arbeitsplätze in den hochentwickelten Industrieländern sinkt.

Auch diese Entwicklung treibt einen Keil in die Arbeitnehmerschaft, weil die hochqualifizierten Arbeitnehmer davon profitieren, zumal die Position ihres Unternehmens am Markt durch solche Maßnahmen stabilisiert und ihr eigener Arbeitsplatz gesichert wird (OECD 2003e).

Die offene Weltwirtschaft restrukturiert das Verhältnis von nationaler und transnationaler Solidarität. Die hoch qualifizierten Arbeitnehmer der Industrieländer bilden jetzt eine solidarische Einheit mit Arbeitnehmern außerhalb des Landes und kündigen gezwungenermaßen ihre Solidarität mit den weniger qualifizierten Kollegen am eigenen Standort auf. Die neue solidarische Einheit im transnationalen Raum verbindet indessen Arbeitnehmer über sehr große Distanzen mit je eigener lokaler Organisation. Ihr Band beruht in erster Linie auf Interessenkomplementarität und weniger auf Zusammengehörigkeit. Der hoch bezahlte Spezialist am Standort eines Industrielandes profitiert von dem niedrigen Lohn des einfachen Arbeiters am Standort desselben Unternehmens in einem Entwicklungs-, Schwellen- oder Transformationsland. Zwischen ihnen besteht in den Begriffen Durkheims (1977) eher eine organische Solidarität mit Bezahlung nach Knappheit des Arbeitskräfteangebots als eine mechanische Solidarität der weniger differenzierten Teilhabe an der Entlohnung durch das Unternehmen.

Die skizzierten sechs Entwicklungstendenzen haben gemeinsam, dass sie die Solidaritätsstruktur untergraben, aus der die konservativen (und egalitären) Wohlfahrtsstaaten ihre bis in alle Randzonen der Gesellschaft hineinwirkende Inklusionskraft geschöpft haben. Die beruflichen Profile und die Tätigkeiten, die Beschäftigungsverhältnisse, und die Organisationsstrukturen der Arbeit differenzieren sich grenzüberschreitend. Sie verlieren ihre Einheitlichkeit und Homogenität, auf die sich die kollektive, korporatistisch organisierte Teilhabe am erwirtschafteten Wohlstand gestützt hat. An die Stelle der relativ gleichen kollektiven Teilhabe am nationalen Wohlstand tritt zunehmend eine nach individuellem Qualifikationsniveau und nach individueller Wettbewerbsfähigkeit differenzierte Teilhabe an einem mehr und mehr transnational produzierten Wohlstand.

5. Der größere Zusammenhang: transnationale Integration und nationale Desintegration

Nationale Kollektive sind nicht mehr die ausschließliche Zurechnungseinheit von Solidarität und Teilhabe am Wohlstand. Es findet insofern ein grund-

legender Solidaritätswandel statt als die mechanische Solidarität nationaler Kollektive von einer organischen auf feingliedriger grenzüberschreitender Arbeitsteilung beruhender Solidarität transnationaler Netzwerke überlagert wird. Nationale Kollektive schöpfen ihre Solidarität aus äußerer Abgrenzung und innerer Homogenisierung, die in einem langen geschichtlichen Prozess ein Gefühl der Zusammengehörigkeit geschaffen haben. Transnationale Netzwerke sind solidarische Einheiten mit hochgradiger Differenzierung und Individualisierung der Teilhabe, in denen sich relativ autonome Individuen durch Leistungsaustausch miteinander verbinden und in denen Gefühle der Zusammengehörigkeit mangels äußerer Abgrenzung und innerer Homogenisierung nur schwach ausgeprägt sind. Das macht sie aber auch zugleich nach außen offener als nationale Kollektive. Sie sind unbegrenzt aufnahmefähig und erzeugen deshalb ein Band zwischen Individuen, die vorher durch nationale Grenzen voneinander getrennt waren. Da sie die nationalen Kollektive überlagern, wirken sie auf eine Angleichung von nationaler und transnationaler Solidarität hin. Das heißt, dass nationale Solidarität ein Stück weit arbeitsteilig differenziert und individualisiert wird, um mit dem neuen transnationalen Typus der organischen Solidarität vereinbar zu sein. Innerhalb der nationalen Kollektive bedeutet das im Vergleich zur Vergangenheit Solidaritätsverlust und Desintegration. Dabei ist allerdings zu beachten, dass dieser Typus der Solidarität innere Brüderlichkeit mit äußerer Unbrüderlichkeit gepaart, Binnen- und Außenmoral scharf voneinander getrennt hat (Münch 2001). Die transnationale Solidarität von Netzwerken hebt diese Differenzierung tendenziell auf, um sie durch eine differenzierte und individualisierte Form der Inklusion in die Weltgesellschaft abzulösen. In dieser Perspektive ist die partielle Desintegration des nationalen Wohlfahrtsstaates ein Teil eines umfassenderen Umwälzungsprozesses, bei dem die Integration nationaler Gesellschaften im Vergleich zur transnationalen Integration der Weltgesellschaft an Bedeutung verliert. Transnationale Integration und nationale Desintegration stehen in dem Sinne in einem dialektischen Verhältnis, dass die transnationale Integration nur auf Kosten nationaler Desintegration voranschreiten kann, dass die transnationale Integration die nationale Integration in sich aufhebt und dabei in ihrem Charakter verändert.

6. *Strategien der Reintegration im Spannungsfeld von nationaler und transnationaler Solidarität*

Angesichts des beschriebenen Solidaritätswandels stellt sich die Frage, welche Strategien der Reintegration überhaupt Erfolgsaussichten haben. Dabei erscheint es kaum machbar, etwas an den dargelegten Ursachen der nationalen Desintegration zu ändern. Die breitere Teilhabe an der weiterführenden Bildung kann nicht zurückgeschraubt werden. Der Weg weist eher in die Richtung des weiteren Ausbaus, gerade deshalb, weil dadurch die Wettbewerbsfähigkeit bisher marginalisierter Gruppen verbessert wird. Um so mehr geraten allerdings die zwar weniger werdenden, aber eben immer noch verbleibenden gering Qualifizierten unter Druck. Es ist sogar so, dass sich der Druck auf dieses Segment der Bevölkerung noch erhöht. Auch die Protektion der landwirtschaftlichen und arbeitsintensiven Produktion in den Industrieländern gegen die Konkurrenz aus den Entwicklungs- und Schwellenländern ist keine tragfähige Strategie. Im Gegenteil, der von den bislang aus dem Weltwohlstand exkludierten Regionen ausgehende Druck auf Inklusion erhöht sich sogar, weil Unterentwicklung inzwischen zu einer realen Gefahr für die reichen Industrieländer geworden ist. Die Al-Qaida-Anschläge auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 sind zum nicht mehr zu verdrängenden Symbol dieses weltgesellschaftlichen Inklusionsproblems geworden. Wie aber von der Entwicklungsökonomie nachgewiesen wird, ist das immer noch gegebene Niveau der Protektion landwirtschaftlicher und arbeitsintensiver Produktion in den Industrieländern das größte Hindernis auf dem Weg zu einer erhöhten Teilhabe der Entwicklungsländer am Weltwohlstand. Was die Entwicklungsländer durch den besseren Zugang zu den Märkten in den Industrieländern gewinnen können, übersteigt das Niveau der Entwicklungshilfe um ein Vielfaches (World Bank 2002). Es besteht demnach langfristig keine Chance, in den Wohlfahrtsstaaten innere Stabilität durch äußere Protektion zu sichern, zumal die daraus resultierenden Spannungen und Konflikte im Vergleich zu den inneren Spannungen und Konflikten an Bedeutung gewinnen.

Auch an der transnationalen Ausdifferenzierung von Solidarität mit organischem, leistungsbezogenem Charakter zu Lasten der nationalen Solidarität mit mechanischem Charakter lässt sich nicht rütteln, weil grenzüberschreitende Produktionsketten besser komparative Kostenvorteile nutzen können als nationale Produktionsketten und sich dadurch am Markt besser behaupten, während national konzentrierte Produktionsketten vom Markt gedrängt werden (Durkheim 1977). Markterschließung zwecks Erhaltung nationaler

Produktionsketten ist aber keine aussichtsreiche Strategie, weil sie dem Inklusionsdruck großer Teile der Weltbevölkerung nicht stand hält. Es besteht auch keine Chance, die Differenzierung der Arbeitnehmerschaft nach Qualifikations- und Tätigkeitsprofil wieder zurückzudrehen, weil dies die Optionen und Entfaltungschancen jedes einzelnen Individuums in einer nicht mehr durchsetzbaren Weise einschränken würde. Das heißt aber, dass kein Weg zu einer homogenen und gewerkschaftlich einheitlich organisierten Arbeitnehmerschaft zurückführt, die Arbeitnehmerschaft keine große solidarische Einheit mehr bilden kann, sondern in eine Vielzahl von kleineren Einheiten zersplittert wird. Dieser Prozess wird durch die Tertiarisierung der Wertschöpfung noch verstärkt, die sich angesichts der Wettbewerbsvorteile von Niedriglohnregionen im Sektor der industriellen Produktion ebenso wenig zurückdrehen lässt. Es besteht eher ein weiterer Ausbaubedarf in diesem Sektor. Auch der Standortwettbewerb mit seiner Wirkung der Spaltung der nationalen Arbeitnehmerschaft in Qualifizierte mit relativ sicheren Arbeitsplätzen und Unqualifizierte mit unsicheren Arbeitsplätzen ist auf Dauer nicht zu verhindern, und zwar nicht nur wegen der erhöhten Mobilität des Kapitals im liberalisierten Weltmarkt, sondern auch wegen des Inklusionsdrucks, den bislang ausgegrenzte Teile der Weltbevölkerung auf die Industrieländer ausüben (Langer 1995).

Wenn es also keinen Weg zurück in die „heile Welt“ des nationalen Wohlfahrtsstaates gibt, stellt sich die Frage, welche Strategien dann überhaupt noch möglich sind, um die neuen Inklusionsdefizite zu beheben. Es könnte auch sein, dass die entsprechenden inneren Desintegrationserscheinungen der Preis sind, den jetzt auch die konservativen (und egalitären) Wohlfahrtsstaaten für mehr transnationale Integration bezahlen müssen, um die Gefahren zu bannen, die aus der mangelnden Lösung dieses Problems resultieren. Gangbar erscheint deshalb nur der Weg der gezielten sozialpolitischen Flankierung eines Solidaritätswandels, der ohnehin nicht aufzuhalten ist und der sich aller Wahrscheinlichkeit nach in der absehbaren Zukunft noch verschärfen und beschleunigen wird. Diese Strategie der sozialpolitischen Flankierung des Strukturwandels wird von einem Wohlfahrtsstaat verlangt, der mit seinem bisherigen Programm ohnehin an die Grenzen der Finanzierbarkeit gestoßen ist. Wie soll da noch Platz für neue Programme sein, die auf die Inklusion der marginalisierten Gruppen zielen? Obwohl die Notwendigkeit staatlich geleiteter sozialer Sicherung nach wie vor von allen Schichten der Bevölkerung gesehen wird, klagt insbesondere die breite Mittelschicht über die damit verbundene Abgabenlast (Schwarze und Härpfer 2002). Es besteht deshalb kaum Spielraum für höhere

Abgaben, zumal sie auch zu einem Einstellungshindernis geworden sind und deshalb die Beschäftigungsquote nach unten drücken.

Neue Inklusionsprogramme stehen unter dem Diktat der Kostenneutralität. Daraus folgt, dass die Kosten eines Wohlfahrtsprogramms, das auf die soziale Absicherung der breiten Mehrheit der Bevölkerung ausgerichtet ist, gesenkt werden müssen, um Platz für neue Programme zu schaffen. Die größte Herausforderung dürfte dabei die Abkehr von Programmen sein, die auf die Unterstützung von Inaktivität hinaus laufen, um zu einem ausgeglichenen Verhältnis von Sozialabgaben und empfangenen Sozialleistungen zu gelangen. Dieses Problem stellt sich angesichts der Altersstruktur insbesondere bezüglich der Finanzierung von Renten und Pensionen. Die lange Zeit praktizierte Strategie, den wirtschaftlichen Strukturwandel durch Frühverrentung abzufangen, ist unter diesen Bedingungen nicht mehr möglich. An einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird deshalb kein Weg vorbeiführen. Der Fokus wird statt dessen auf der aktiven Gestaltung des Strukturwandels liegen, der eine gezielte Innovationsförderung verlangt, um in der erforderlichen Geschwindigkeit neue Arbeitsplätze zumindest für die nachwachsenden Generationen in größerem Umfang und größerer Geschwindigkeit schaffen zu können. Sozialpolitik ist unter diesen Bedingungen in hohem Maße zugleich Innovationspolitik. Das gilt um so mehr, als der Strukturwandel weg von der landwirtschaftlichen und arbeitsintensiven Produktion und hin zu High-Tech-Produktion und Dienstleistung führt, um die bisher ausgeschlossenen Teile der Weltbevölkerung am Weltwohlstand teilhaben zu lassen.

Wenn an Stelle der Beschäftigungssicherheit und der Absicherung der Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau die Betonung auf Beschäftigbarkeit und Aktivierung gelegt wird, dann ist dies ohne Zweifel eine Abkehr von gegebenen Sicherheiten, mit denen allerdings die Verzögerung des Strukturwandels, die Verzögerung der Inklusion bisher exkludierter Teile der Weltbevölkerung und die Absorption finanzieller Ressourcen durch die Unterstützung von Inaktivität verbunden war. Um so weniger Aufmerksamkeit und Ressourcen konnte der Strukturwandel selbst für sich beanspruchen, so dass die damit verbundenen Integrationsprobleme ein Ausmaß erreicht haben, das jetzt um so größere Anstrengungen verlangt, um überhaupt bewältigt werden zu können.

Die Gestaltung des Strukturwandels erfordert neben der Förderung von Innovationen zwecks Schaffung neuer Arbeitsplätze ein besonderes Augenmerk für Allgemeinbildung, berufliche Bildung, Weiterqualifizierung und Umschulung, um das Niveau der Beschäftigungsfähigkeit aller Bevölkerungsschichten zu steigern (Schmid 2002). Einsparungen bei der Verlängerung der Lebensar-

beitszeit und bei der Finanzierung von Arbeitslosigkeit können gezielt für die Finanzierung neuer Programme der Bildung, Weiterbildung und Umschulung genutzt werden (Crouch, Finegold und Sako 1999). Um die Marginalisierung durch geringe Qualifikation zu verringern, kommt es insbesondere auf Begleitprogramme an, die helfen, die schulischen Misserfolge der Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten zu senken. Wie die PISA-Studie gezeigt hat, sind die schulischen Leistungen in Deutschland im internationalen Vergleich besonders stark nach sozialer Herkunft differenziert (Baumert et al. 2001). Das liegt mit hoher Wahrscheinlichkeit an der geringen Verfügbarkeit von Einrichtungen, die familiäre Betreuungsdefizite ausgleichen können: Kindertagesstätten, Ganztagschulen, Hausaufgabenbetreuung, Schulpsychologie, Jugendbetreuung (Bos et al. 2003).

Diese Programme werden allerdings nicht dazu führen, dass 100% der Arbeitnehmerschaft für High-Tech-Berufe mit hohen Qualifikationsanforderungen geeignet sind. Es wird immer noch ein Teil übrig bleiben, der nicht in so hohem Maße qualifiziert werden kann. Weil sich noch einige mehr qualifizieren werden, wird die übrig bleibende Gruppe der Unqualifizierten noch mehr marginalisiert sein, weil es sich jetzt um eine Gruppe handelt, aus der heraus überhaupt kein Aufstieg mehr zu schaffen ist.

Kann die Marginalisierung der Unqualifizierten durch großzügige Unterstützung von Arbeitslosigkeit verringert werden? Das ist eher unwahrscheinlich, weil dafür keine Solidarität vorhanden ist, die sich auf Zusammengehörigkeitsgefühl stützt. Wie wir schon festgestellt haben, differenziert sich Solidarität im transnationalen Raum in Netzwerken, die sich von der geschlossenen Solidarität nationaler Kollektive entfernt. Außerhalb der Produktionskette ist kein Platz für eine Solidarität, die über das Interesse am Selbstschutz gegen drohende Gefahren der Anomie hinaus geht. Das heißt, dass die Unterstützung der Untätigkeit der Unqualifizierten nicht das Niveau erreichen kann, auf dem auf deren Seiten kein hohes Maß der relativen Deprivation (Exklusion) vorhanden wäre. Relative Exklusion mit ihren Begleiterscheinungen der Desorganisation wäre so nicht zu verhindern. So bleibt nur der Weg der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten auf einem niedrigen Qualifikationsniveau. Der Abbau solcher Arbeitsplätze im Sektor der industriellen Produktion muss durch einen entsprechenden Ausbau von Arbeitsplätzen im Sektor der Dienstleistungen kompensiert werden (Esping-Andersen 1999: 99-119; Scharpf 2000b: 213-223). Dabei handelt es sich um einen Sektor, der weniger als die industrielle Produktion der Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt ist. Das heißt indessen nicht, dass dann auch höhere Löhne bezahlt werden können, zumal

es sich dabei um Arbeitsplätze mit niedrigeren Produktivitätsschranken als bei der industriellen Produktion handelt.

Einfache Dienstleistungsarbeit kann nicht in derselben Weise wie lange Zeit einfache Produktionsarbeit durch die hohe Produktivität einer ganzen Produktionskette – zumal in der Obhut einheitlicher Gewerkschaftsvertretung – mit auf ein insgesamt hohes Niveau gezogen werden. Die individualisierte Dienstleistungsarbeit kann mit dieser Art von arbeitsteiliger Produktions-solidarität nicht rechnen. Sie wird deshalb relativ niedrig bezahlt bleiben und damit relative Deprivation nicht beseitigen (van Berkel und Horneman Møller 2002). Allerdings kann angenommen werden, dass im Vergleich zur Arbeitslosigkeit wenigstens die Inklusion in soziale Netzwerke – die am Arbeitsplatz hängen – gegeben ist, aus der sich immerhin weitere Teilhabechancen ergeben. Es wird so die totale Exklusion vermieden. Mehr wäre nur dann zu erreichen, wenn es durch Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der Dienstleistungstätigkeit noch weitere Aufstiegschancen gäbe. Solche Programme können einem Teil der wenig Qualifizierten noch ein Stück mehr Teilhabe am Wohlstand ermöglichen. Darüber hinaus bleiben nur noch Maßnahmen, die solche Dienstleistungstätigkeiten noch mit einem Einkommen belohnen, das eine als ausreichend empfundene Teilhabe am Wohlstand gewährt und relative Deprivation (Exklusion) in erträglichen Grenzen hält. Ein Weg dazu ist die negative Einkommenssteuer nach dem Modell der amerikanischen Earned Income Tax, bei der das Finanzamt unterhalb einer festzusetzenden Einkommensschwelle keine Steuern kassiert, sondern umgekehrt einen finanziellen Ausgleich bis zu einer ebenso festzusetzenden Höhe ausbezahlt. Auf diese Weise kann Beschäftigung im Niedriglohnsektor gefördert und gleichzeitig ein Einkommen erreicht werden, das wenigstens eine bescheidene Teilhabe an der Gesellschaft erlaubt (Scharpf 1995). Wenn darüber hinaus bestimmte staatliche Leistungen (Kindergarten, Schule, Hochschule) nach Einkommensgrenzen an Gebühren geknüpft werden, wäre ein weiteres Tor der Inklusion für die davon befreiten unteren Einkommenssegmente geöffnet. Dabei sind allerdings die Übergänge so zu regeln, dass keine neuen Probleme der Benachteiligung von Gruppen knapp oberhalb der Einkommensgrenze entstehen.

Solche Maßnahmen werden die neuen Inklusionsprobleme des konservativen (und egalitären) Wohlfahrtsstaates nicht beseitigen, sondern nur mildern können. Angesichts der Unvermeidlichkeit dieser Probleme auf Grund der ebenso unausweichlichen Differenzierung von Solidarität im Rahmen der Überlagerung von nationaler durch transnationale Integration, kommt ihnen allerdings eine herausragende Bedeutung zu.

Schlussbemerkungen

Bei unserer Suche nach einer Antwort auf die Zunahme von Desintegrationserscheinungen in den konservativen (und egalitären) Wohlfahrtsstaaten sind wir auf sechs Entwicklungstrends gestoßen: die exkludierende Wirkung (1) der Inklusion immer breiterer Schichten in die höhere Bildung, (2) der Inklusion von bislang peripheren Regionen in die Weltgesellschaft, (3) der wachsenden grenzüberschreitenden Arbeitsteilung, (4) der beruflichen Differenzierung der Arbeitnehmerschaft, (5) der Tertiarisierung der wirtschaftlichen Wertschöpfung und (6) des verschärften Standortwettbewerbs zwischen den Nationalstaaten. Wir haben gesehen, dass diese Desintegrationsprozesse in den größeren Zusammenhang der Interdependenz von transnationaler Integration und nationaler Desintegration gestellt werden müssen. Strategien der Reintegration auf nationaler Ebene können langfristig nur erfolgreich sein, wenn sie dieser Interdependenz Rechnung tragen.

In den drei Modellen des Wohlfahrtsstaates wirken die sechs säkularen, für alle drei Modelle geltenden Trends mit spezifischen institutionellen Besonderheiten zusammen und produzieren so je spezifische Formen der relativen Exklusion: Im liberalen Wohlfahrtsstaat geraten die nicht organisationsfähigen Gruppen im harten Wettbewerb des Lobbyismus um Einfluss auf die Gesetzgebung auf die Verliererstraße. Im konservativen Wohlfahrtsstaat bilden Staat, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände ein Wohlfahrtskartell, das insbesondere auf Gruppen außerhalb der männlichen qualifizierten Berufstätigkeit im Normalarbeitsverhältnis auf bildungsferne Schichten und Immigranten exkludierend wirkt. Im egalitären Wohlfahrtsstaat wirkt der Tripartismus von Staat, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften auf diejenigen Gruppen exkludierend, die dem Qualifizierungswettbewerb zum Opfer fallen und deshalb durch Workfare-Programme zwangsweise gefügig gemacht werden. Diese spezifischen exkludierenden Effekte der Interaktion der sechs säkularen Trends mit spezifischen institutionellen Bedingungen bedürfen des besonderen Augenmerks der weiteren Forschung.

Literaturverzeichnis

Armingeon, Klaus. 1988. „Gewerkschaftliche Entwicklung und ökonomischer, beschäftigungsstruktureller und politischer Wandel. Das Beispiel der Gewerkschaften in

- der BRD.“ *Soziale Welt* 39.
- Baumert, Jürgen, E. Klieme, M. Neubrand et al. (Hg.). 2001. *PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*. Opladen. Leske+Budrich.
- Berkel, R. van und Hornemann Møller, I. 2002. *Active Social Policies in the EU. Inclusion through participation?* Bristol: The Policy Press.
- Bos, W., E. Lankes, M. Prenzel, K. Schwippert, G. Walther, R. Valtin (Hg.). 2003. *Erste Ergebnisse aus IGLU. Schülerleistungen am Ende der vierten Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich*. Münster: Waxmann.
- Crouch, Colin, D. Finegold und M. Sako. 1999. *Are Skills the Answer? The Political Economy of Skill Creation in Advanced Industrial Countries*. Oxford: Oxford University Press
- Dubet, François and Didier Lapeyronnie. 1994. *Im Aus der Vorstädte*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Durkheim, Emile. 1973. *Der Selbstmord*. Neuwied: Luchterhand. (Franz. Original: 1897/1973. *Le suicide*. Paris: Presses Universitaires de France).
- Durkheim, Emile. 1977. *Über die Teilung der sozialen Arbeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp (*De la division du travail social*. Paris: Presses Universitaires de France .1893.)
- Esping-Andersen, Gøsta. 1990. *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta. 1999. *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford: Oxford University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta. 2000. “Who is Harmed by Labour Market Regulations? Quantitative Evidence. “ In: G. Esping-Andersen und M. Regini (Hg.). *Why Deregulate Labour Markets?* Oxford: Oxford University Press.
- Fuchs, Susanne and R. Schettkat. 2000. “Germany: A Regulated Flexibility. “ In: G. Esping-Andersen und M. Regini (Hg.). *Why Deregulate Labour Markets?* Oxford: Oxford University Press.
- Heitmeyer, Wilhelm und Reimund Anhut (Hg.). 2000. *Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen*. Weinheim und München: Juventa.
- Helfert, M. 1992. „Segmentierung, soziale Ungleichheit und Qualifizierung von An- und Ungelernten. „ *WSI Mitteilungen*.
- Hondrich, Karl-Otto. 2001. *Der Neue Mensch*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hondrich, Karl-Otto. 2004. *Liebe in Zeiten der Weltgesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hondrich, Karl Otto und Claudia Koch-Arzberger. 1992. *Solidarität in der modernen Gesellschaft* (Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag).
- IAB 2003: Geringqualifizierte: „In der Krise verdrängt, sogar im Boom vergessen. Entwicklung der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten im Konjunkturverlauf bis 2002“. *IAB-Kurzbericht Nr. 19/2003*. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
- Kern, Horst und Michael Schumann. 1984. *Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion. Bestandsaufnahme, Trendbestimmung*. München: Beck.

- Kesteren, J.N. van, P. Mayhew und P. Nieuwbeerta. 2000. *Criminal Victimization in Seventeen Industrialised Countries: Key-findings from the 2000 International Crime Victims Survey*. Den Haag, Justizministerium, WODC.
Online: http://www.unicri.it/icvs/publications/index_pub.htm.
- Kronauer, Martin und R. Neef. 1997. "Exclusion" und "soziale Ausgrenzung": Neue soziale Spaltungen in Frankreich und Deutschland." In: Deutsch-Französisches Institut. *Frankreich-Jahrbuch 1996. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte, Kultur*. Opladen: Leske+Budrich.
- Langer, Stefan. 1995. *Grundlagen einer internationalen Wirtschaftsverfassung*. München: C.H. Beck.
- Levitt, Steven. 2004. "Understanding Why Crime Fell in the 1990s: Four Factors that Explain the Decline and Six that Do Not." *Journal of Economic Perspectives* 18 (1).
- Merton, Robert K. 1949/1968. "Social Structure and Anomie". In R.K. Merton, *Social Theory and Social Structure*. New York: Free Press.
- Münch, Richard. 2001. Offene Räume. Soziale Integration diesseits und jenseits des Nationalstaats. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Murswieck, Axel. 1998. "Gesellschaft." In: W. P. Adams and P. Lösche (Hg). *Länderbericht USA*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- OECD. 2002. *World Development Indicators Database. Society at a Glance*. Online [http://www.oecd.org/document/24/0,2340,en_2649_37419_2671576_1_1_1_37419,00.html].
- OECD. 2003a. *Employment Outlook*. Paris.
- OECD. 2003b. *Historical Statistics*. Paris.
- OECD 2003c. *Labour Market Statistics*. Paris.
- OECD. 2003d. *Main Economic Indicators*. Paris.
- OECD. 2003e. *Quarterly Labour Force Statistics*. Paris.
- OECD. 2004. *Corporate Data Environment, Labour Force Statistics. Online Data* (Online: <http://www1.oecd.org/scripts/cde/members/lfsdataauthenticate.asp>).
- Savelsberg, Joachim J. 1994. "Knowledge, Domination, and Criminal Punishment." *American Journal of Sociology* 99 (4), S. 911-943.
- Scharpf, Fritz W. 1995. „Subventionierte Niedriglohn-Beschäftigung statt bezahlter Arbeitslosigkeit?“ *Zeitschrift für Sozialreform*, 41, 2.
- Scharpf, Fritz W. 2000a. „Economic Changes, Vulnerabilities, and Institutional Capabilities.“ In: F.W. Scharpf und V.A. Schmidt (Hg.). *Welfare and Work in the Open Economy*. Oxford: Oxford University Press.
- Scharpf, Fritz W. 2000b. *The Viability of Advanced Welfare states in the International Economy: Vulnerabilities and Options*. *Journal of European Public Policy*, 7, 2, 190-228.
- Schelsky, Helmut. 1965. *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze*. Düsseldorf und Köln: Diederichs.
- Schmid, Günther. 2002. *Wege in eine neue Vollbeschäftigung*. Frankfurt/New York: Campus.
- Schwarze, Johannes und Marco Härpfer. 2002. "Are people Inequality Averse, and Do They Prefer Redistribution by the State?" Discussion Papers 285. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin.

- Smeeding, T. M. und A. Grodner. 2000. „Changing Income Inequality in OECD Countries: Updated Results from the Luxembourg Income Study (LIS).“ In: R. Hauser und I. Becker *The Personal Distribution of Income in an International Perspective*. Berlin: Springer.
- Solga, Heike. 2002. „‘Ausbildungslosigkeit’ als soziales Stigma in Bildungsgesellschaften.“ *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54.
- Solga, Heike. 2003. „Das Paradox der integrierten Ausgrenzung von gering qualifizierten Jugendlichen.“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* 27, B 21-22.
- Stalker, P. 2000. *Workers without Frontiers. The Impact of Globalization on International Migration*. Boulder, CO: Lynne Rienner.
- UN Surveys on Crime Trends and the Operation of Criminal Justice Systems, www.unodc.org/unodc/crime_cicp_surveys.html. Online 16.08.04.
- U.S. Department of Justice. 2003. *Bureau of Justice Statistics Bulletin*. Tabelle 1 und frühere Versionen
- U.S. Department of Justice. 2004. *Bureau of Justice Statistics. Online Data*. Online (06-24-2004).
- Western, Bruce und K. Beckett. 1998. „Der Mythos des freien Marktes. Das Strafrecht als Institution des US-amerikanischen Arbeitsmarktes.“ *Berliner Journal für Soziologie* 8.
- Wilson, Julius W. 1990. *The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass and Public Policy*. Chicago: University of Chicago Press.
- World Bank. 2002. *Globalization, Growth, and Poverty*. New York: Oxford University Press.
- World Bank. 2003. *World Development Indicators*. Washington, D.C.: World Bank.

Reprint:

Gerhard Preyer (Hrsg.), *Neuer Mensch und kollektive Identität in der Kommunikationsgesellschaft*, Verlag Sozialwissenschaft, Wiesbaden 2009 (in Vorbereitung).

Prof. Dr. Richard Münch
Lehrstuhl für Soziologie II
Otto-Friedrich-Universität Bamberg
D-96045 Bamberg